

Global City = Clean City ?

Obdachlose am Bahnhof, Punks beim Lentos oder am Taubenmarkt, Bettelnde auf der Landstraße, Junkies im Schillerpark oder Volksgarten – auch in Linz erlangt die öffentliche Sichtbarkeit von Randgruppen neuerdings wieder verstärkte mediale Aufmerksamkeit. Die Stoßrichtung der Diskussion in Zeitungsberichten und Leserbriefen ist in jedem Fall dieselbe: Sie alle stören und sollten am besten anderswohin verschwinden, wo sie keinen Schaden für das Image einer modernen, aufstrebenden, positive Erlebnisse verheißenden Stadt und für den Umsatz ihrer Kaufleute und Gastronomie anrichten können. Sie werden als eine potenzielle Gefahr für die Ordnung, Ruhe und Sicherheit betrachtet, es wird ein genereller Kriminalitätsverdacht geäußert, und die Organe der städtischen Ordnung werden aufgefordert, durchzugreifen und für eine saubere Stadt zu sorgen.

In Linz wie in vielen anderen Städten Mitteleuropas wird das Bild der Stadt durch ein Bündel ordnungspolizeilicher Maßnahmen gesäubert: Bettelerei wird etwa durch die Einführung einer polizeilichen Bettelgenehmigung ausgebremst, ohne die das Betteln verboten ist, und welche „organisierte Bettelbanden slowakischer Roma“ („Die Presse“, 3. 7. 2004) eben nicht erhalten. Obdachlose, die sich wie immer am Bahnhof aufhalten (und im alten Bahnhof in der zweiten Halle eher unsichtbar für ÖBB-Kunden waren), sind in der shoppingmall des neuen Bahnhofes stärker sichtbar und werden von der Polizei nach § 78 der Straßenverkehrsordnung („unbegründetes Stehenbleiben auf Gehsteigen etc.“) weggewiesen – auch auf der Wiener Mariahilferstraße ein gerne eingesetztes Mittel, das auch bei den Punks rund um das Kunstmuseum Lentos praktiziert wurde (am neuen Treff Taubenmarkt ist dies wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit). Und der Magistrat der Stadt Linz griff beim Volksgarten zur Maßnahme des Abholzens von zwei Drittel der Sträucher: „Dadurch wird eine der beliebtesten

Linzler Parkanlagen wieder besser einsehbar gemacht. Darüber hinaus trägt das hellere, freundlichere Erscheinungsbild dem Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen Rechnung.“ (Presseausendung).

Linz ist mit diesen - vergleichsweise milden – Tendenzen Teil einer globalen Entwicklung einer neuen Welle der Vertreibung von gesellschaftlich marginalisierten Menschen aus den Innenstädten. Diese Ausgrenzung bereits ausgegrenzter Gruppen aus der innerstädtischen Öffentlichkeit ist zwar nicht die erste ihrer Art, doch verbinden sich hier stigmatisierende und diskriminierende Traditionen (s.u.) mit einer neuen Motivation. Die Stadtzentren werden weltweit zu glitzernden Schaufenstern des Standorts und seiner Konsum- und Erlebnisqualität umgestaltet, und in einem globalen Standortwettbewerb gewinnen solche Schaufenster mehr und mehr an Bedeutung, nicht nur in den Metropolen, sondern zunehmend auch in Städten mittlerer Größenordnung. Gerade in dieser Fassade einer modernen, global konkurrenzfähigen Stadt stören die VerliererInnen der Leistungs- und Konsumgesellschaft und die ZeugInnen gegen ihren Mythos stärker, als dies vorher der Fall war.

Ersten – und brutalsten – Ausdruck fand diese neue Welle der Säuberung der Städte durch Ausgrenzung der Ausgegrenzten in den rapide anwachsenden und von zunehmender Armut gebeutelten lateinamerikanischen Großstädten, wo Mitte der 90er Jahre sog. „Todeschwadronen“ Mitglieder gesellschaftlicher Randgruppen gleich ermordeten: StraßenhändlerInnen, SammlerInnen von Altstoffen, vermeintliche Kleinkriminelle und KonsumentInnen von Drogen waren die Opfer in Bogotá oder São Paulo, ebenso wie Obdachlose, Straßenkinder, Homosexuelle oder Prostituierte. Mord ist dabei nur extremster Ausdruck solcher Säuberungen; Vertreibungen waren und sind dagegen bereits seit langem an der Tagesordnung.

Gleichzeitig entstehen Hochsicherheitsviertel mit privatem Wachpersonal, die nur noch für Reiche zugänglich sind. Nicht nur in Kolumbien ist der private Sicherheitsdienst inzwischen eine der größten Wachstumsbranchen.

In den USA (vor allem in New York und Los Angeles) wird gegen bereits gesellschaftlich ausgegrenzte Menschen vorgegangen mit dem Argument, dass die Städte sicher und sauber werden müssten. BettlerInnen wurden und werden von der Straße weg verhaftet, SchwarzfahrerInnen eingesperrt, genauso wie meist schwarze Jugendliche, die beim Sprühen von Graffiti erwisch werden. Dieses „Zero-Tolerance“-Konzept wird auch in Mitteleuropa zunehmend als Vorbild genannt. Die Strategien und Entwicklungen zur „Clean City“ sind dabei ein wenig „softer“, aber durchaus vergleichbar: Es geht um die Verdrängung von Menschen mit „anderen“ Lebensformen und von Armen generell aus dem öffentlichen Leben und aus dem öffentlichen Raum. Diese „Ausgrenzung der Ausgegrenzten“ erzeugt Innenstädte als exklusive Investitionszonen. Es entstehen Passagen und Tempel der Luxuskultur, Bahnhöfe und Bahnhofsvorplätze werden zu Visitenkarten für eine Stadt erklärt und für etliche Millionen aufgeputzt. „Sauberkeit“ und „Sicherheit“ werden zu weichen Standortfaktoren, die durch die neue Welle der Vertreibung und Ausgrenzung gesichert werden sollen.

Gespeist wird diese neue Welle durch Mentalitäten, die seit dem Mittelalter Ausgrenzungsmuster entwickelt haben. Schon in der mittelalterlichen Stadt wurden Gruppen ausgegrenzt und geächtet: BettlerInnen; Prostituierte, Henker, Schinder, Latrinenleerer; Gaukler und Spielleute, aber auch unheilbar Kranke, körperlich Missgebildete und geistig Behinderte, ferner Personen, die als Hexen, Zauberer etc. stigmatisiert und verfolgt wurden. Die meisten dieser Gruppen wurden gleichzei-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

tig verachtet und gesellschaftlich benötigt (für die Erledigung unangenehmer Arbeiten, für Unterhaltung und Vergnügen). Die Haltung der Gesellschaft war entsprechend ambivalent: Sie wurden einerseits verachtet und schikaniert, verfolgt und aus den Stadtmauern vertrieben.

Arme und BettlerInnen insbesondere (aber auch Kranke und Behinderte) hatten aber andererseits eine Existenzberechtigung im göttlichen Weltplan und erfüllten darin eine wichtige Funktion: Sie ermöglichten es den Besitzenden, in Form von Almosen gute Werke zu tun und so für das eigene Seelenheil zu sorgen. Wohlhabende Stadtbürger des Spätmittelalters trugen z.B. stets eine „Almosentasche“ bei sich.

Mit der Industrialisierung wandelte sich dann das Bild der Armut als göttliche Fügung: Leistungs- und Erfolgsdenken verliehen den Armen das Stigma der Arbeitsscheu und der Unfähigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Armut wird seither primär als persönliches Versagen und als selbstverschuldet angesehen. Damit ist die Stigmatisierung als grundlegendes Muster

der Ausgrenzung von Randgruppen in der Leistungsgesellschaft endgültig formuliert. Ein Stigma ist ein negatives Zeichen, das seine Träger kennzeichnet und zum Objekt von Projektionen macht. Bettler und Obdachlose zeigen heute direkt und unmissverständlich die Kehrseite der modernen Gesellschaft und zugleich das Risiko des individuellen Scheiterns, das jedermann/frau trägt, und das angesichts struktureller Arbeitslosigkeit an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Die Angstbesetzung solcher Zeichen der Brüchigkeit wächst. Bei Randgruppen, die den Protest (z.B. Punks) oder einen vollzogenen Ausstieg (z.B. Drogenkonsum) darstellen, kommen verdrängte Wünsche dazu, selbst Zeichen des Protests gegen die Cyber-Glitzer-Konsum-Gesellschaft zu setzen oder aus ihr auszusteigen.

All dies ist der Humus, auf dem die neue Welle der räumlichen Ausgrenzung von Randgruppen aus den Stadtzentren wachsen kann. Wenn stigmatisierte Gruppen samt den bedrohlichen Zeichen, die sie darstellen, zumindest optisch verschwinden und die Zeichen der Erfolgsgeneration unangefochten dominieren, ist die „Global City“ noch in Ordnung.

Ingo Mörth



Woran liegt es nur, dass sich manche Anleger ihres Vermögens so sicher sind?
Es liegt nicht am Geld. Es liegt an der Bank.

Die HYPO Oberösterreich ist ganz Ihrer Meinung, wenn Sie ausschließlich auf Ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Und liefert Ihnen auch noch klare Fakten dafür, wie sehr sich das für Ihr veranlagtes Vermögen auszahlen kann. Es ist nämlich nicht so, dass man über Geld nicht spricht – es kommt nur darauf an, mit wem!

HYPO
OBERÖSTERREICH

www.hypo.at



Visapflicht für Zugvögel

Wien. Angesichts der Bedrohung der Bevölkerung durch die Vogelgrippe, lässt ein Initiativantrag im Parlament aufhorchen.

Von Florian Florianus

Anfang der Woche ließ ein Antrag der Gesundheitspartei im Parlament aufhorchen. Sie fordert Visazwang für Zugvögel. Sie deckt damit eine unerhörte Lücke im Gesundheitsnetzwerk des Landes und der EU auf. Es musste erst die Vogelgrippe ausbrechen, dass ein Jahrtausend alter Leichtsinn bewusst wurde: Zugvögel dürfen frei und ohne Kontrolle herumfliegen.

Eine Tageszeitung berichtet, dass sich bloß 14% der Bevölkerung vor dieser verheerenden Krankheit fürchten. Das soll sich nun ändern. Nur die Angst vor einer Geißel der Menschheit gibt den Gesetzgebern freie Hand, den Vogelflug einzuschränken.

Angesichts dieser Entwicklung erscheint auch der Salzkammergut-Brauch des Singvogelfanges in einem ganz neuen Licht. In einer Aussenung der Naturschutzpartei werden die ehemals beschimpften Vogelfänger als Vorläufer der Stallhaltung für Singvögel gerühmt. Die Chinesische Regierung interessiert sich schon für das „Know how“ der Salzkammergütler. Die Gesundheitspartei ist aber dagegen, Wissen außer Landes zu verfrachten. Die Parteigranden meinen, die Chinesen sollen selber gefälligst draufkommen.

Ungewiss ist noch das Schicksal der vielen nach Österreich illegal eingewanderten Vögel. Für Papageien und Kanarienvögel gibt es wenig Hoffnung auf Einbürgerung, weil sie ja in ihrer Heimat nicht verfolgt werden. Truthähne haben bessere Chancen, weil sie in den USA jährlich zuhauf geschlachtet werden.

Ein offenes Problem ist der Familienzusammenführung. Lösung ist hier keine in Sicht.